

ÖSTERREICH SPITZENREITER BEI TEUERUNG

Wohnen ist zu teuer

Seite 2-3



*Angeblich steht uns der heißeste Sommer seit
Beginn der Aufzeichnungen bevor.
Da kann es nicht schaden, sich ein kühles
und erholsames Platzerl zu suchen.
Die Steiermark hat zum Glück viel davon zu
bieten...*

**Die Redaktion der Steirischen Volksstimme
wünscht allen Leserinnen und Lesern
erholsame Urlaubs- und Ferientage**

Wohnen darf nicht *arm* machen.



Unterschriftenaktion

Unterstützen Sie unsere Forderungen an die Regierung! Rückseite


**KPÖ
plus**

WAHL
am 15. Oktober

ÖVP und SPÖ haben beschlossen, die Nationalratswahl um ein Jahr vorzuverlegen, weil es im Frühjahr 2018 Landtagswahlen in vier Bundesländern geben wird. Da wollen die Landeshauptleute einen Abstand zur Bundespolitik.

Das steht aber nicht in den Schlagzeilen. Man redet lieber über Kurz und Kern – und auch über Strache. Die wirklichen Anliegen der Bevölkerung spielen dabei keine Rolle. Die Parteien können nämlich ihr Versprechen nicht mehr halten, das sie den Wählerinnen und Wählern gegeben haben: Eine sichere, sozial ausgewogene Entwicklung. Im Gegenteil. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, die Altersversorgung ist in Gefahr, das Gesundheitswesen wird zu Tode reformiert, die dritte Welt wandert in die Metropolen ein, Krieg und Terror sind zum Alltag geworden. Nur die KPÖ+ stellt sich gegen diese Entwicklung. Sie tritt bei der Nationalratswahl am 15. Oktober mit Claudia Klimt-Weithaler als steirische Spitzenkandidatin an.

Mit der Stimme für die KPÖ kann man gegen die Machtspiele der Herrschenden protestieren. Nur das tut ihnen wirklich weh.

KLEIN, aber MIT BISS



So viele „K“ in der Politik: Aber – ob Kern, ob Kurz, – ich unterstütze die KPÖ.

Nicht Genügend für steirische Landesgesetz macht es steirischen

Im Sommer 2016 schaffte das Land Steiermark unter Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) überraschend die Wohnbeihilfe ab. Sie wurde durch die so genannte „Wohnunterstützung“ ersetzt. Diese ist nichts anderes als eine massive Kürzung. Tausende sind betroffen.

Die KPÖ leistete von Anfang an Widerstand gegen dieses unsoziale Gesetz. Einige Fehler wurden mit Jahresbeginn behoben. Das Gesetz bleibt aber mangelhaft, wie folgende Beispiele zeigen.

Zu „reich“ durch Familienbeihilfe

Herr und Frau Glanschnig^{*)} haben vier Kinder. Frau Glanschnig bekommt 450 Euro Karenzgeld. Herr Glanschnig hat bis vor kurzem 1500 Euro netto monatlich verdient, das entspricht fast genau dem österreichischen Durchschnittseinkommen, ist aber derzeit arbeitslos.

Die Wohnung ist mit 54 m² zu klein für eine sechsköpfige Familie. Trotzdem fallen monatlich ca. 650 Euro Wohnkosten an. Bis 2016 gab es vom Land 211 Euro Wohnbeihilfe. Diese wurde nun auf 100 Euro Überbrückungshilfe gekürzt, die in wenigen Monaten ausläuft. Danach gibt es gar keine Unterstützung mehr – denn die Familienbeihilfe wird nun zum Einkommen gerechnet. Dadurch ist Familie Glanschnig aus Sicht von Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) zu „reich“ und hat keinen Anspruch auf Wohnunterstützung mehr.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler hat vor

dieser Verschlechterung gewarnt: „Vor allem die Einberechnung der Familienbeihilfe ist ein echter Tabubruch. Viele Arbeiterfamilien hätten nie eine Chance auf eine menschenwürdige Unterkunft gehabt, wenn das früher so gewesen wäre!“

Zum Leben bleibt nichts mehr

Ähnlich geht es Karl Pfannhofer^{*)}. Er hat viele Jahre als Taxifahrer gearbeitet, ist derzeit arbeitslos und lebt mit seiner Frau und zwei Kindern in einer Grazer Wohnung. 560 Euro bezahlt die Familie, die auf Mindestsicherung angewiesen ist, für Miete, Strom und Heizung. Zum Leben bleibt fast nichts, so lange Herr Pfannhofer keine neue Arbeit gefunden hat.

Früher hat Herr Pfannhofer 190 Euro an Wohnbeihilfe bekommen. Jetzt sind es trotz der wesentlich schlechteren finanziellen Lage der vierköpfigen Familie nur noch 163 Euro. Auch hier hat die Einberechnung der Familienbeihilfe zur Kürzung geführt.

Lange Wartezeiten

Durch die ständigen Änderungen des Gesetzes ist es für tausende Steirer zu monatelangen Warte-



Großdemonstration in Graz gegen

zeiten auf den Bescheid gekommen. In dieser Zeit wurde keine Wohnunterstützung ausbezahlt. Miete und Betriebskosten müssen natürlich trotzdem bezahlt werden. Und günstige Wohnungen sind im Großraum Graz kaum zu finden. Nicht zu vergessen, dass ein Umzug viel Geld kostet: Möbeltransport, Reparaturen, Kautions, Provision... Das alles kostet sehr viel.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, die seit Monaten keine Wohnbeihilfe mehr bekommen haben und nicht wissen, was sie erwartet. Das ist einfach unzumutbar und wäre vermeidbar gewesen, wenn das Gesetz nicht in einem Husch-Pfusch-Verfahren beschlossen worden wäre.“

Die KPÖ bleibt dabei: Die Familienbeihilfe ist zum Wohl der Kinder gedacht und darf nicht zu einer Kürzung der Wohnbeihilfe führen. Das Gesetz muss dringend geändert werden, sonst stehen viele steirische Familien in absehbarer Zeit vor dem Nichts.

Wir fordern:

- ▶ Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe!
- ▶ Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen!



^{*)} Name geändert

Wohnpolitik

Familien schwer



die Verschlechterung bei der Wohnbeihilfe.

Petitionsrecht Direkter Protest ans Land

Wer mindestens 100 Unterschriften sammelt, kann sein Anliegen mittels einer Petition an den Landtag herantragen. **Vorsitzende des Petitionsausschusses ist KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.**

In der Frage der Wohnunterstützung gab es eine Vielzahl an Petitionen: Die ÖH, eine Invalidenpensionistin oder Simon Hafner von der IG Kultur legten ihre Probleme mit der Neuregelung der Wohnbeihilfe vor.

Die KPÖ mit Elke Kahr hat schon im Dezember 10.000 Unterschriften übergeben, eine weitere Petition, unterstützt durch 5.000 Unterschriften, brachte der KSV Graz ein. Mit diesen Petitionen konnte eine Reihe von Verbesserungen bei der Wohnunterstützung erreicht werden. Die KPÖ gibt nicht auf, besonders die Einberechnung der Familienbeihilfe muss fallen!



Die Grazer Stadträtin Elke Kahr Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler im Petitionsausschuss des Landtages.

Petitionen an den Landtag Steiermark:

Die KPÖ unterstützt Sie dabei, Ihr Anliegen in den Landtag zu bringen. Informationen gibt es unter <https://www.kpoe-steiermark.at/petitionsausschuss.phtml> oder beim Landtagsklub der KPÖ, Tel. 0316/877-5104, bzw. Direktion Landtag Steiermark 8010 Graz-Landhaus Tel. +43 316 877-6309 www.landtag.steiermark.at/

Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Wohnen darf nicht arm machen



Wohnen darf nicht arm machen. Unter diesem Motto sammelt die KPÖ gerade Unterschriften. Damit wollen wir Druck erzeugen, damit der Nationalrat endlich die lange versprochene Reform des Mietrechts in Angriff nimmt. Die Neuwahl macht es nicht gerade einfacher.

Auch das Land kann viel dazu beitragen, dass den Menschen die Wohnkosten nicht über den Kopf wachsen. In den letzten Jahren war die Teuerung bei den Mieten und den Betriebskosten enorm. Viele Steirerinnen und Steirer geben zwei Drittel ihres gesamten Einkommens aus, damit sie ein Dach über dem Kopf haben und nicht im Kalten sitzen. Zum Leben bleibt zu wenig übrig.

Seit dem EU-Beitritt hat sich die Anzahl der jährlich errichteten geförderten Wohnungen halbiert. 200.000 Haushalte in Österreich haben Schwierigkeiten, ihre Wohnkosten zu bezahlen. Eigentlich müsste die Landespolitik alles tun, um den Betroffenen zu helfen. Die KPÖ

hat in Graz vorgezeigt, dass das möglich ist. Geschehen ist das Gegenteil: Mit der Abschaffung der Wohnbeihilfe vor einem Jahr hat die Landesregierung das Wohnen für noch mehr Menschen zu einem Problem gemacht.

Die Wohnbeihilfe wurde durch eine „Wohnunterstützung“ ersetzt. Diese fällt – trotz einer Reparatur des Gesetzes Anfang 2017 – geringer aus. Auf der Strecke bleiben Alleinerzieherinnen, die viel Geld verlieren, obwohl sie es besonders dringend brauchen.

Hätten wir ausreichend Wohnungen, die sich auch Leute mit kleineren Einkommen leisten können, wäre dieses komplizierte System nicht nötig. Wir brauchen mehr sozialen Wohnbau und Obergrenzen für Mieten. Das wäre ein Schritt nach vorne. Die Landesregierung tut aber alles, um die Wohnungskrise zu verschärfen. Wohnen darf nicht arm machen!

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



Aus dem Inhalt

Gesundheitswesen neu.....	4/5
KPÖ für Ausstieg aus profitorientierter Pflege.....	6
Nationratswahl 2017: Alles neu oder KPÖ PLUS?.....	7
ÖGB-Landeskonferenz.....	8
Schulschließungen.....	9
Zwang gegen Arbeitslose.....	10
Stadtwerke Verkauf Voitsberg.....	11
KPÖ Erfolg in Graz.....	14/15
Nationalsratswahl 2017.....	15
Ausflugsziele in der Steiermark.....	18/19
Richard Zach.....	20
Termine, Impressum.....	21-23

Neuorientierung im Gesundheitswesen

Regionaler Strukturplan Gesundheit 2025 (RSG) Steiermark

Der RSG ist die Grundlage für eine Neuordnung in der medizinischen Versorgung in der Steiermark. Um Einsparungen zu erzielen, werden über die Hälfte der Spitäler geschlossen. 800 Krankenhausbetten sollen abgebaut werden.

Die Hausärzte sollen nach und nach durch Gesundheitszentren (Primärversorgungszentren) ersetzt werden. Es steht noch nicht fest,

wer diese Gesundheitszentren betreiben wird. Ein „Kernteam“ ist mit anderen medizinischen Einrichtungen vernetzt.

Eine Gesetzesänderung macht es möglich, dass durch die Hintertür private, gewinnorientierte

Betreiber mit den Gesundheitszentren ein neues Geschäftsfeld erschließen. Die steirische Landesregierung hat mit der Wirtschaftskammer eine gemeinsame Plattform gegründet, die schon darüber nachdenkt, wie die gesundheitlichen Probleme der Bevölkerung für Konzerne und Versicherungen in klingende Münze umgewandelt werden können.

Im RSG wird die Steiermark in **sechs Regionen** unterteilt. Jede bekommt ein Leitspital, die anderen Spitäler der jeweiligen Region werden im Verbund mit

dem Leitspital geführt. In der Region Liezen soll ein neues Leitspital errichtet werden.

Dazu kommen drei bis neun Primärversorgungseinrichtungen pro Region. Facharztzentren und sozialpsychiatrische Ambulatorien werden verstärkt eingerichtet.

Die Regionen

Diese „Leitspitäler“ bleiben nach der Drexler-„Reform“ über.

1. Graz / Graz Umgebung
2. Liezen
3. Östliche Obersteiermark
4. Oststeiermark
5. West-/Südweststeiermark
6. Westliche Obersteiermark



ZITIERT

„Für sie (Elke Kahr) gibt es ein Grundrecht auf soziale und umweltfreundliche Mobilität.“

Argus Steiermark

„Wer stolz verkündet: ›Wir sind Europäer‹, der hat den Nationalismus nicht hinter sich gelassen, sondern lediglich auf eine neue Ebene verfrachtet.“

Franz Schandl, Streifzüge 69/2017

„Die gläubigen Jünger des Neoliberalismus sehen nicht, dass sie in ihrer politischen Blindheit die Wegbereiter für den neuen Autoritarismus und für das Erstarken rechter Parteien in Europa sind.“

Oskar Lafontaine



„Was uns nicht weiterbringt, ist das Festhalten am ›kleineren Übel‹, um den offenen Autoritarismus von Kurz oder Strache zu verhindern.“

Lukas Oberndorfer, Mosaik-Blog

„Europa kann nicht zugrunde gehen. Europa muss anders gedacht werden. (...) Mit der Zerstörung Jugoslawiens ist Europa längst verschwunden. Das ist wohl klar. Und jetzt haben wir das Wirtschaftseuropa.“

Peter Handke, Kleine Zeitung, 7. Mai 2017

Bezirk Liezen: Kahlschlag und drohende Privatisierung

Alle drei Spitäler im flächenmäßig größten Bezirk Österreichs sollen geschlossen und durch ein privates Krankenhaus ersetzt werden. Auch die Betreuung der geplanten Primärversorgungszentren durch private Konzerne wird immer wahrscheinlicher.

W Weil dem Land Steiermark 100 Millionen Euro fehlen, soll die medizinische Versorgung im Bezirk Liezen „ausgliedert“ werden. „Alle Landtagsabgeordneten aus der Region sind moralisch verpflichtet, am 4. Juli gegen den „Regionalen Strukturplan Gesundheit“ zu stimmen, weil darin die Schließung der Spitäler in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming enthalten ist“. Das forderte KPÖ-Gemeinderat Michael Jansenberger (Trieben), kurz nachdem Spitalslandesrat Drexler (ÖVP) bestätigte, dass die Landesregierung ihr Zusperrkonzept durchziehen will. Die Proteste der Bürgermeister aus der Region und auch Beschlüsse von Gemeinderäten werden nicht berücksichtigt.

Jansenberger: „Noch Anfang Juni hat Drexler auf einer Beratung zu diesem Thema behauptet, dass nichts fix wäre. Nun ist alles anders. Das beweist einmal mehr, dass

man sich auf Aussagen der verantwortlichen Politiker nicht verlassen kann. Sie hören nur auf Druck von unten. Wir dürfen uns im Ennstal, im Paltental und im Ausseerland in dieser Frage nicht gegeneinander ausspielen lassen.“

Bei der Gesundheitsreform in der Steiermark geht es in erster Linie nicht um das Wohl der Patienten, sondern um Einsparungen und Kürzungen. Die Halbierung der Standorte würde auch lange Anfahrtswege für Bedienstete, Patienten und deren Angehörige bedeuten. Zudem führt sie zu einer weiteren Ausdünnung der Region.

Nicht zulassen, dass unser Gesundheitssystem ausverkauft wird

Damit, so KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler, ist die so enannte Gesundheitsreform unter ÖVP-Regie schon entgleist, bevor sie

begonnen hat. „Denn weder für die Leitspitäler noch für die über 90 in Aussicht gestellten Primärversorgungszentren gibt es ausreichend Budgetmittel. Wenn Drexler mit der Privatisierung der Spitäler im Bezirk Liezen durchkommt, werden bis 2035 sämtliche steirischen Krankenhäuser privatisiert. Das wäre keine Reform, sondern ein Ausverkauf.“

Landeshauptmann Schützenhöfer (ÖVP) und Spitalslandesrat Drexler lassen seit Jahren keinen Zweifel daran, dass sie extreme Maßnahmen bei der Gesundheitsversorgung vorbereiten. Es ist mit den Plänen für die Obersteiermark sehr wahrscheinlich geworden, dass eine flächendeckende Privatisierung von Krankenhäusern vorbereitet wird. Auch dass die geplanten Primärversorgungszentren von privaten Konzernen betrieben werden, wird immer wahrscheinlicher. Dafür spricht auch die Gründung einer gemeinsamen Plattform zur „Gesundheitswirtschaft“, welche ÖVP-Vertreter in der Landesregierung 2016 gemeinsam mit der

LKH Mürzzuschlag verliert 24-Stunden-Ambulanz

Bis 2012 wurden im LKH Mürzzuschlag Operationen durchgeführt. 2013 wurden die chirurgische Station, der Operationssaal und die Abteilung für Anästhesiologie geschlossen. Der Bevölkerung wurde versprochen, dass es rund um die Uhr eine Ambulanz geben werde. Jetzt heißt es: die Ambulanz wird ab 2018 nur noch tagsüber geöffnet sein.

Franz Rosenblattl, KPÖ-Gemeinderat in Mürzzuschlag: „Die Bevölkerung wurde getäuscht. Das Angebot im Krankenhaus wurde nach und nach verkleinert, langfristig wird es wohl keine medizinische Versorgung mehr bieten.“

Die KPÖ protestiert gegen diesen Schritt. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Nach der Landtagswahl 2015 hat es nur zwei Wochen gedauert, bis die erste Einschränkung des medizinischen Angebots stattgefunden hat. Statt die Probleme im Gesundheitsressort zu lösen, wird das Angebot reduziert. Das ist sicher nicht die Spitalsreform, die sich die Menschen in der Steiermark wünschen.“



Foto: KAGES

sierung



Wirtschaftskammer ins Leben gerufen haben.

Claudia Klimt-Weithaler: „Eine Privatisierung von Krankenhäusern kommt für die KPÖ nicht in Frage. Die große Mehrheit lehnt solche Pläne ab. Sollte die Regierung diesen radikalen Plan zur Entsorgung der öffentlichen medizinischen Versorgung tatsächlich umsetzen wollen, wird

sie auf erheblichen Widerstand stoßen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Gesundheitssystem ausverkauft wird.“

Foto: KAGES



LKH Rottenmann

MEINUNG

KPÖ-LABg. Werner Murgg

Von der Zweiklassen- zur Dreiklassenmedizin



Geht es nach SPÖ und ÖVP bleibt in der steirischen Spitallandschaft kein Stein auf dem anderen.

Dieser Tage hat Gesundheitslandesrat Drexler (ÖVP) seine Pläne vorgestellt. Hintergrund der gesamten „Umbauarbeiten“ sind Sparpläne. Dabei sind wir bereits jetzt auf dem Weg von der Zweiklassen- zur Dreiklassenmedizin. Einerseits gibt es die Patienten, die diverse Zusatzversicherungen besitzen. Andererseits das Gros der Menschen, die derartige Zusatzversicherungen nicht besitzen. Aber auch hier gibt es Unterschiede. Diejenigen, die sich einen Wahlarzt leisten können, um bei einem Facharzt nicht ewig auf einen Termin warten zu müssen oder die für eine Magnetresonanz in eine Privatpraxis gehen. Viele können sich das aber nicht leisten. Pensionisten oder kleine Verdiener sind mit langen Wartezeiten in Spitälern oder bei Fachärzten konfrontiert.

Nun will Landesrat Drexler weitere 800 Spitalbetten abbauen. Zusätzlich droht vielen Spitälern die Schließung. Blicken wir zurück in das Jahr 1975. Damals wurden die Weichen für die Errichtung des Spitals Deutschlandsberg gestellt. Die einzige Bezirkshauptstadt der Steiermark, die noch kein Spital hatte. Damals gab es einen Österreichischen Gesundheitsplan.

Dieser sah für jede Region mit 50.000 Einwohnern ein Spital mit einer Grundversorgung – Gynäkologie, Innere Medizin und Chirurgie – vor.

Was vor vierzig Jahren möglich war und damalige Generationen geschaffen haben, soll heute zugesperrt werden. Geht es nach Drexler & Co. werden viele Regionen kein Spital mehr besitzen. Die Patienten werden in andere Regionen ausweichen und Besucher weite Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen. Die KPÖ steht Veränderungen nicht feindlich gegenüber. Aber sie müssen Verbesserungen für die Bevölkerung bringen und nicht Verschlechterungen. Wir haben nichts gegen die geplanten Gesundheitszentren. Aber wir lehnen es ab, dass sich daran private, kapitalkräftige Gruppen beteiligen. Gewinnstreben hat im Gesundheitswesen nichts verloren. Viel wichtiger wäre es, den praktischen und Fachärzten endlich bessere Kassenverträge zu bieten. Dann würde die derzeit stark zunehmende Zahl von Wahlärzten zurückgehen und auch Menschen mit kleiner Brieftasche müssten bei einem Facharzt mit Kassenvertrag nicht endlos auf einen Termin warten.

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
Tel. 03842 / 22670

Blaues Wunder

Wer hat im Landtag eine Senkung der Politgehälter abgelehnt? Die FP.

Wer ist gegen die Kürzung der Parteienförderung in Graz? Die FP.

Wo sie nur kann, macht diese Partei eine Politik für die Reichen

und ist beim Kürzen von Sozialleistungen und beim Ausverkauf von öffentlichem Eigentum ganz vorne dabei.

Wer diese Leute wählt, weil er mehr soziale Gerechtigkeit will, der wird sein blaues Wunder erleben.

KPÖ für Ausstieg aus profitorientierter Pflege

Die Volksanwaltschaft zeigt Missstände in Pflege- und Altenheimen auf. Es handelt sich meist um strukturelle Probleme privater, profitorientierter Heime. Die KPÖ drängt seit Jahren darauf, aus diesem System auszusteigen.

In keinem österreichischen Bundesland gibt es so viele stationäre Pflegeheime wie in der Steiermark – und auch nur annähernd so viele gewinnorientierte. Diese sind für enorme Kostensteigerungen verantwortlich: Lagen die Ausgaben des Landes und der Gemeinden für die gewinnorientierten Heime 2005 noch bei 96 Mio. Euro, sind sie 2013 auf 267 Mio. Euro angestiegen. Im selben Zeitraum sind die Kosten für die landeseigenen Heime nur um 58 % gestiegen. Der zuständige Landesrat Christopher Drexler gab zu, dass das Land Steiermark die Weichenstellungen für das heutige Pflegesystem im „Blindflug“ beschlossen habe. Es sei allerdings nicht möglich, diese unter SPÖ-Führung ausgelöste Privatisierung des Pflegewesens einfach rückgängig zu machen.

In der vergangenen Periode

wurde eine große Lösung für die Problematik der Pflegefinanzierung in Aussicht gestellt. Die Verträge sind für das Land so ungünstig, dass selbst Landesrat Drexler (ÖVP) den Ausstieg aus diesem System andenkelt. Entlarvend ist, dass die Branchenvertretung in der Wirtschaftskammer von „pauschaler Verunglimpfung“ spricht, statt die Kritik der Volksanwaltschaft zum Anlass für Verbesserungen zu nehmen.

„Pflegebedürftige bleiben auf der Strecke“

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler kritisiert, dass die Pflege oft zu einem reinen Geschäft geworden ist: „Anteile an steirischen Pflegeheimen wurden sogar schon als Investment beworben. Beahlt wird aber alles von der Öffentlichkeit. Die pflegebedürftigen

Menschen bleiben in diesem System auf der Strecke. Wir brauchen einen Ausstieg aus dem gewinnorientierten System.“

Die KPÖ fordert, die Verträge nach dem derzeitigen Normkostenmodell mit den privaten Pfl-

geheimen in der Steiermark (außer Gemeinnützige) zu kündigen. Öffentliche Mittel sollen mittelfristig nur öffentliche und gemeinnützige Heimträger bekommen. Die Großparteien wollen aber lieber weitermachen wie bisher.



Pflegeheim Aigner-Rollett am Rosenhain ©Pilo Pichler

Holpriger Start für Kautionsfonds des Landes

Mit Beginn des Jahres 2017 hat das Land Steiermark einen Kautionsfonds eingerichtet, der Personen mit geringem Einkommen einen Wohnungswechsel erleichtern soll.

Der Kautionsfonds wurde von der KPÖ schon lange gefordert. Erste Erfahrungen mit der derzeitigen Umsetzung zeigten, dass er unnötig kompliziert gestaltet wurde und von den meisten Gemeinden gar nicht angeboten

wird – nur 79 der 287 steirischen Gemeinden bieten den Kautionsfonds an.

Nach heftiger Kritik der KPÖ war Landesrätin Kampus zu einer Änderung bereit. Anträge können nun von allen Steirern gestellt

werden, unabhängig vom Wohnort. Dies ist aber nur möglich, weil sich gemeinnützige Organisationen bereit erklärt haben, die Verwaltung für das Land zu übernehmen.



Kinder- und Jugendrechte ernst nehmen

Unter dem Titel „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ hat sich der Landtag auf Initiative der KPÖ bereits 2012 dazu bekannt, „Kinderlärm“ nicht mehr als Belästigung im rechtlichen Sinne anzuerkennen. Mit dem Verweis darauf wurden zuvor immer wieder Kinderbetreuungseinrichtungen

und Spielplätze verhindert. In der Steiermark wurden entsprechende Schritte gesetzt. Die KPÖ erneuerte daher ihren Antrag, auch mit dem Bundesgesetzgeber Gespräche zu führen, um im ABGB entsprechende Änderungen vorzunehmen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Pensionen: keine Gerechtigkeit für Mütter

Die groß verkündete „Ausgleichszulage Plus“ im Pensionsrecht stellt sich als Rohrkrepiere heraus. Angekündigt wurde: Wer 30 Jahre gearbeitet, aber zu wenig verdient hat, bekommt ab 2017 1.000 Euro Pension. Tatsächlich kommen gera-

de 949 Euro netto heraus. Und auch das trifft nur auf Alleinstehende zu, Witwen oder Witwer sind ausgeschlossen. Kindererziehungszeiten werden nicht angerechnet. Deshalb können die meisten Frauen, die Kinder großgezogen haben, diese Jahre nicht erreichen.

Vorgezogene Nationalratswahl

Alles neu – mit Riesenwaschkraft?

Wir kennen das aus der Werbung: Eine Marke wird schwächer und deshalb weniger gekauft. Sofort gibt es einen Spot im Fernsehen:

XY ist jetzt neu. Das neue XY ist viel besser als das alte. In der Produktwerbung funktioniert dieses Spiel. Deshalb hat es jetzt die Politik übernommen.

Auf einmal gibt es die Neue Volkspartei mit Kurz und seit einem Jahr schon die SPÖ Neu mit ihrem Plan A und Kanzler Kern.

Die Verpackung der Politik ändert sich, damit sich der Inhalt nicht ändern muss. Und der Inhalt heißt Sozialabbau.

Die Halbwertszeiten in der Politik werden immer kürzer. Der Grund dafür ist nicht in der Politik selbst zu suchen, sondern in ihren Grundlagen, in der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Parteien können ihr Versprechen nicht mehr halten, das sie den Wählerinnen und Wählern gegeben haben: eine sichere, sozial ausgewogene Entwicklung. Im Gegenteil: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, die Altersversorgung ist in Gefahr, das Gesundheitswesen wird zu Tode reformiert, die Dritte Welt wandert in die Metropolen ein, Krieg und Terror sind zum Alltag geworden.

Katastrophen abwenden

Nur eine Politik, welche das Gesellschaftssystem, das solche Krisen produziert, in Frage stellt, könnte die drohenden Katastrophen abwenden. Die herrschenden Parteien agieren aber nicht autonom, sie sind von den Herren des Geldes abhängig.

Deshalb nützen sich die Helden von gestern immer schneller ab, in

den meisten Staaten des Westens, aber auch in Österreich. Obama versprach Hoffnung und brachte Enttäuschung, der französische Präsident Hollande wurde in Rekordzeit vom Hoffnungsträger für sozialen Wandel zur tauben Nuss.

Von Faymann zu Kern, von Mitterlehner zu Kurz: Auch in Österreich kann man diese Entwicklung sehen. Im Augenblick hat die ÖVP die Nase vorn: Alles redet über Sebastian Kurz und über die Neue Volkspartei. Damit will man die Nationalratswahl am 15. Oktober gewinnen.

Warum? Zuerst einmal, um die wichtigsten (und lukrativsten) Posten im Land zu besetzen. Wichtig ist aber auch etwas anderes: Die Demontage unseres Sozialsystems und noch bessere Rahmenbedingungen für die Großkonzerne sollen sehr schnell durchgesetzt werden. Blaupausen für diese Pläne kann man in den Papieren der EU nachlesen.

Darüber redet man vor der Wahl nicht so gerne, weil man die Stimmen der Leute braucht.

Schwarz-Blau mit Sozialabbau

Wir haben das bei der Gemeinderatswahl am 5. Februar in Graz erlebt. Bürgermeister Nagl versteckte das Parteisymbol der ÖVP,

Von Medvedev - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=20897512



er versprach, ein „Bürgermeister für alle“ zu sein, seine Plakate waren in grüner Farbe gehalten. Und danach? Danach installierte er Schwarz-blau und leitete den Abbau von Sozialleistungen ein.

Die KPÖ redet vom Wohnen

Nur die KPÖ stellt sich gegen diese Entwicklung. In Graz mit Erfolg. Es gibt ein Zeichen der Hoffnung: Alle reden über Sebastian Kurz.

Nur die KPÖ redet vom Wohnen und sammelt in diesen Tagen Unterschriften für eine soziale Mietrechtsreform. Bitte machen Sie von der Unterschriftenliste auf der Rückseite dieses Blattes Gebrauch!

Das ist vielleicht nicht so at-

traktiv wie die Werbesprüche der Großparteien, geht aber von den Interessen der Bevölkerung aus. Schließlich brauchen alle ein Dach über dem Kopf, nicht nur Sebastian Kurz und Christian Kern.

AUFRUF

Damit die KPÖ+ bei der Nationalratswahl antreten kann, benötigen wir steiermarkweit 400 von der Gemeinde beglaubigte Unterschriften. Falls Sie bereit sind, uns zu unterstützen, rufen Sie uns bitte an (Tel. 0316 / 71 24 79) oder schreiben Sie an: KPÖ, Volkshaus Graz# Lagergasse 98a, 8020 Graz

jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at

Wohnen darf nicht arm machen.

KPÖ+plus

www.kpoeplus.at



Claudia Klimt-Weithaler

www.kpoe-steiermark.at

Öffentliche wieder teurer

Am 1. Juli 2017 hat der Verkehrsverbund die Tarife für den Öffentlichen Verkehr in der Steiermark wieder um 1,6 % angehoben. Heuer steigen die Verbundlinie-Tarife in allen Kategorien, so die Stundenkarte von 2,20 auf 2,30 Euro, oder die Jahreskarte in einer Zone von 416 auf 422 Euro

Angesichts der niedrigen Treibstoff- und Energiepreise müssten die Tarife sinken, betont KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Die Teuerung bei den im Verbund zusammengeschlossenen Verkehrsunternehmen liegt jedes Jahr weit über der Teuerungsrate. Grundlage dafür ist eine Verein-

barung aller im Verbund vereinten Unternehmen. Nur die Landeshauptstadt Graz subventioniert auf Initiative der KPÖ den Preis für die Jahreskarte.

KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler: „Inbesondere Pendlerinnen und Pendler werden benachteiligt, wenn sie öffentliche Verkehrsmittel verwenden. Das Land muss endlich seinen Einfluss geltend machen und die automatische Teuerung zu Fall bringen.“

In anderen Bundesländern – Wien, Tirol, Vorarlberg – gibt es günstige Jahreskarten für das gesamte Bundesland. Die Steiermark sollte diesem Beispiel folgen.



Zukunft der Arbeitswelt

Unter dem Schlagwort „Zukunft der Arbeitswelt“ hält der ÖGB Steiermark seine 22. Landeskonferenz ab. Nicht überall stellt sich die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion dabei auf die Seite der Beschäftigten.

Der ÖGB fordert im Leit Antrag zur Landeskonferenz die politische Absicherung des Sozialstaats. Auch Forderungen wie die Herstellung einer Vermögensbesteuerung in Österreich oder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sind zu begrüßen. Das gilt auch für die Bekämpfung von Steueroasen und Steuerflucht.

Ohne Kampf keine Verbesserungen

Ein „Vorbeiwurschteln“ an den Problemen der Zukunft ist nicht mehr möglich. Bereits in den vergangenen Jahrzehnten sind zigtausende gut bezahlte Arbeitsplätze verlorengegangen. Die Digitalisierung wird den Arbeitsplatzverlust weiter anheizen.

Im Ausgleich dafür einen Billiglohnsektor zu schaffen bzw. massiv auszuweiten kann jedoch nicht das Ziel sein. Langzeitarbeitslose mit Zwang in befristete oder auch dauerhafte Niedriglohnjobs auf dem zweiten Arbeitsmarkt zu drängen, darf niemals Forderung einer Gewerkschaftsbewegung sein.

Industriearbeitsplätze wurden aus Österreich ins „billigere“ Ausland verlagert. Doch statt gegen diese Verlagerung zu kämpfen, entscheidet sich der ÖGB Steiermark in seinem Leit Antrag für die bequeme, aber für die Arbeiter schädliche Variante. Die Arbeitsplätze sollen mittels sozialökonomischer Beschäftigungsprojekte ins Land zurückgeholt werden.

Die Profite streifen dabei die Unternehmen ein. Auf der Strecke bleiben die Arbeitslosen. Die Arbeitslosen, weil sie weit schlechter bezahlt werden als in regulären Jobs. Vordienstzeiten und Qualifikationen werden am zweiten Arbeitsmarkt meist nicht anerkannt, es gelten eigene Niedriglohngruppen in diversen Kollektivverträgen.

Nein zu einem gesetzlichen Mindestlohn?

Während das Bekenntnis zur 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und die Höhe des angestrebten kollektivvertraglichen Mindestlohnes im Leit Antrag fehlen, legt sich die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion bei der Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohnes fest. Zwar unterliegen die meisten Beschäftigten einem Kollektivvertrag, doch bedeutet das noch keine angemessene Bezahlung. Vielfach liegen die Löhne unter den vom ÖGB selbst geforderten 1700 Euro brutto. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden die eigenen Mindestlohnforderungen in den KV-Verhandlungen sehr oft verfehlt.

Aus Sicht des Gewerkschaftlichen Linksblocks braucht es die rasche Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, der auch wertgesichert ist. Der GLB den „Zweiten Arbeitsmarkt“ ab. Niedriglöhne können niemals die Antwort auf zu wenige Arbeitsplätze sein.

Arbeiten Sie mit!

Der Gewerkschaftliche Linksblock ist die KPÖ-nahe Gewerkschafts- und Arbeiterkammerfraktion. Er setzt sich auf allen Ebenen gegen Verschlechterungen ein. Wir gehen keine faulen Kompromisse ein und spielen nicht die Handlanger für die Regierungsparteien. Um gegen Ungerechtigkeiten und Verschlechterungen in den Betrieben ankämpfen zu können, suchen wir Menschen, die bereit sind, sich bei uns zu engagieren.

**Kontakt Daten: Tel. 0677/ 612 538 99
oder E-Mail: glb@glb-steiermark.at**

Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF

GLB-KPÖ

Rufen Sie an!

0677 / 612 538 99

E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>



Arbeit schaffen in Zeiten der Krise



Die Broschüre „Arbeit schaffen in Zeiten der Krise“ enthält das aktuelle Arbeitsbeschaffungsprogramm des GLB-KPÖ Steiermark. Sie kann unter nebenstehender Telefonnummer bzw. E-Mail kostenlos angefordert werden.

Schließung von Schulen trifft Kleingemeinden

Seit 2011 gibt es in der Steiermark eine Schulschließungswelle. Über 40 Schulen sind den „Reformen“ von SPÖ und ÖVP in der vergangenen Legislaturperiode zum Opfer gefallen. Weitere Schulen werden mit Ende des Schuljahres geschlossen. Die KPÖ protestiert gegen die neuerliche Ausdünnung der Infrastruktur im ländlichen Raum und die damit verbundenen Folgen für Eltern und Kinder. Auch die betroffene Bevölkerung leistet Widerstand.

Was bedeuten die Schließungen für Eltern und Kinder?

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: Die Schließung von Schulen hat viele negative Auswirkungen. Die Kinder müssen lange Schulwege in Kauf nehmen und die Gemeinden werden systematisch ausgehungert. Die Schulen sind der Lebensnerv vieler Regionen. Gerade in Kleinschulen findet Unterricht in hoher Qualität statt. Die Kinder gehören zu den ersten, die die verfehlte Budgetpolitik des Landes ausbaden müssen.

Wie reagiert die Bevölkerung auf die Schließung ihrer Schulen?



Im Gespräch: KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler

Klimt-Weithaler: Vor allem in Falkenstein und Etmüßl war die Empörung groß. Die Landesregierung hat Eltern und Kinder vor vollendete Tatsachen gestellt, obwohl es in



Protest im Landhaushof gegen Schulschließungen

beiden Fällen gute Argumente gibt, die Schulen nicht zuzusperren. Die Volksschule Falkenstein hat ein vorbildliches pädagogisches Konzept und wurde sogar vom Bundesministerium als gelungenes Beispiel für die Einbindung von Kindern mit Behinderungen bezeichnet. Etmüßl wurde erst 2008 umfassend saniert. Die Bevölkerung hat sich in zwei qualifizierten Petitionen an den Landtag gewandt und gefordert, die Schließungen zu unterlassen. *Oft hört man, es gäbe keine Mög-*

lichkeit, die Schulen zu erhalten...

Klimt-Weithaler: Die Schließungen sind nicht alternativlos. Gesetzlich gibt es die Möglichkeit, Expositurklassen einzurichten. Diese Bestimmung ist für genau jene Kleinschulen gedacht, die in der Steiermark nach und nach verschwinden. SPÖ und ÖVP haben dies jedoch verhindert. Damit wird die Welle der Schulschließungen in den ländlichen Regionen der Steiermark ihre traurige Fortsetzung finden.

Unser Leben ist mehr wert als eure Profite

Neues Naturschutzgesetz: Freigabe für Handymasten



Am 16. Mai 2017 beschloss der Landtag eine Neufassung des steirischen Naturschutzgesetzes. In vielen Punkten stellt das Gesetz einen Rückschritt dar.

In der Steiermark gibt es viele Landschaftsschutzgebiete. War es bisher notwendig, dass Bauten in dieser Zone vom Naturschutzbeauftragten genehmigt wurden, soll jetzt die Baubehörde selbst zuständig sein. Eine völlige Frei-

gabe erfolgt für Handymasten und Hochspannungsleitungen, die künftig nicht mehr ins Landschaftsbild integriert werden müssen.

„Oft sind wirtschaftliche Interessen wichtiger als der Naturschutz. Mit diesem Zugeständnis an die Bauwirtschaft verkommt der Begriff Landschaftsschutz zu einer leeren Worthülse“, warnt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Finanzausgleich: Steiermark im Nachteil

Der Großteil der Einnahmen des Landes Steiermark kommt aus dem Finanzausgleich mit dem Bund. Der Finanzausgleich 2017 zeigt nach wie vor eine Benachteiligung der Steiermark im Vergleich zu anderen Bundesländern. Im Bundesländervergleich weist die Steiermark eine recht niedrige Kopfquote auf.

Im Landtag setzte sich die KPÖ für eine verfassungsrechtliche Prüfung des Finanzausgleichs ein. Unserem Bundesland gehen durch diese Benachteiligung jährlich Millionen verloren, betonte KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg. FPÖ und Grüne stimmten dem Vorschlag zu, SPÖ und ÖVP lehnten eine solche Überprüfung ab.

Mit Zwang und Dumpinglöhnen gegen Arbeitslose!

Die Bundesregierung hat ein „Arbeitsprogramm“ für die nächsten beiden Jahre beschlossen. Darin enthalten ist eine massive Ausweitung des „zweiten“ Arbeitsmarktes. Wer näher hinsieht, erkennt, dass es sich dabei meist nicht um eine Hilfe für langzeitarbeitslose Menschen handelt.

Dennoch wird der Niedriglohnsektor nach Regierungsplan nun ausgeweitet. Für rund 20.000 über 50-jährige werden zeitlich befristete Niedriglohnstellen geschaffen. Bei Nichtannahme einer Stelle am zweiten Arbeitsmarkt droht der Verlust des Arbeitslosengeldes.

Kritik von Arbeitsloseninitiativen

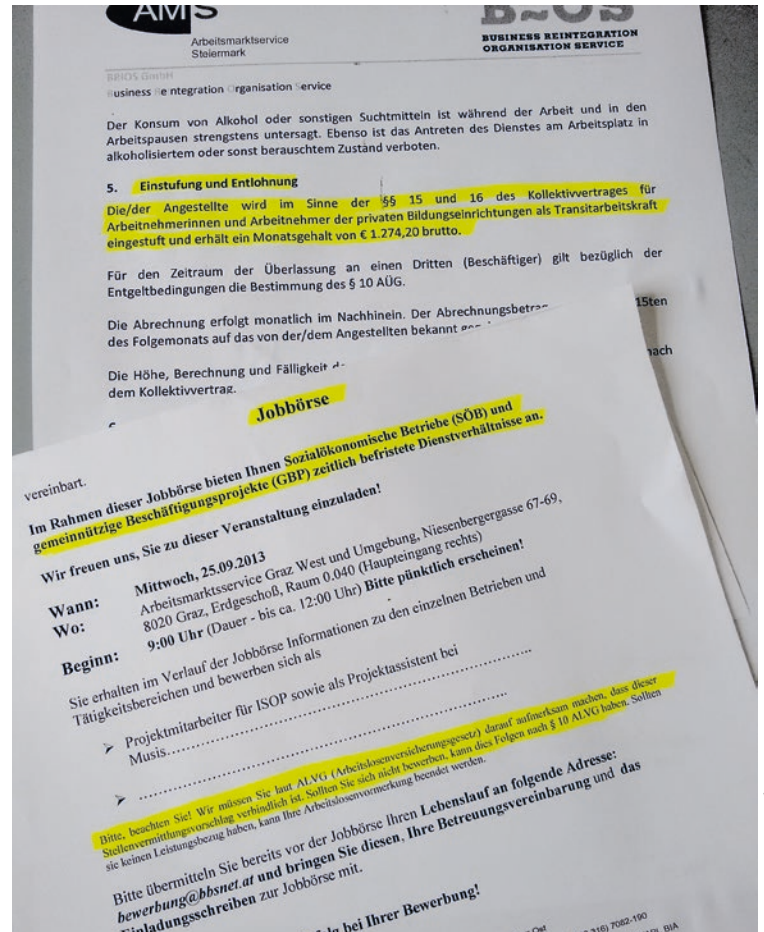
Arbeitsloseninitiativen, wie die Aktiven Arbeitslosen, kritisieren den zweiten Arbeitsmarkt seit Jahren. Ein wesentlicher Kritikpunkt dabei ist die Umgehung regulärer Kollektivverträge. Es werden Pauschallöhne ohne Anrechnung der Qualifikation und der Vordienstzeiten bezahlt. Die Aktiven Arbeitslosen kritisieren auch, dass das Bruttogehalt im Rahmen der Beschäftigungsaktion lediglich bei 1470 Euro liegen soll.

Eine Kritik, der sich der Gewerkschaftliche Linksblock anschließt. In der letzten Arbeiterkammervollversammlung machte die GLB-KPÖ-Fraktion darauf aufmerksam. Der GLB-KPÖ fordert die Bundesregierung dazu auf, für eine reguläre KV-Einstufung unter Anrechnung aller Vordienstzeiten zu sorgen. Gerade bei älteren Arbeitnehmern kommt die Nichtanrechnung von Vordienstzeiten einer Lohnkürzung gleich.

Die Arbeitslosenzahl ist auf einem sehr hohem Niveau. Besonders ältere Menschen sind betroffen. Seit Jahren wird versucht, mit Beschäftigungsprojekten gegenzusteuern. Ohne Erfolg. Der Sprung in eine dauerhafte Anstellung gelingt meist nicht.

Zwölf-Stunden-Arbeitstag: Frauen zurück an den Herd?

Kommt die Anforderung, zwölf Stunden zu arbeiten, werden Eltern solche Arbeitsplätze nicht annehmen können. Man kann nicht ein oder zwei Tage zwölf Stunden von daheim wegbleiben. Frauen, mit dem oft geringeren Einkommen oder Alleinerziehende werden nicht mehr arbeiten gehen können, ohne dass die Kinder vernachlässigt werden.



Jobangebot für Langzeitarbeitslose: Geringe Bezahlung, Zwangsmaßnahmen bei Nichtannahme und am Ende doch keine fixe Anstellung.

Was bedeutet das für die Gemeinden?

Der unlängst aus dem Amt geschiedene Gemeindebundpräsident Mödlhammer bezweifelt, dass die Gemeinden tatsächlich die ge-

wünschte Zahl von 20.000 älteren Langzeitarbeitslosen beschäftigen können. Er verweist darauf, dass die Gemeinden Dienstpostenpläne einzuhalten haben und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet sind.

Bundesforste: Aus für hunderte Arbeitsplätze droht

Drohende Ausgliederung würde Beschäftigte in Bilijobs drängen.

Die Österreichischen Bundesforste sind für über 10 Prozent der Staatsfläche und über 15 Prozent der Waldfläche Österreichs verantwortlich. Das Kerngeschäft ist die Forstwirtschaft. Die in Staatseigentum befindliche Aktiengesellschaft beschäftigt ca. 1100 Personen. Jedes Jahr werden

über 1,5 Mio. Festmeter Holz geerntet. Dieses Kerngeschäft der Bundesforste ist in Gefahr, da eine Ausgliederung der Holzschlägerung droht.

Bereits 2015 wurden in einem Sozialplan Zielvorgaben für den Bereich Forsttechnik vereinbart, von deren Einhaltung der Fortbestand abhängig gemacht wurde. Die Vorgaben für 2017 wurden bereits 2016 erreicht. Dennoch scheint der Eigentümervertreter

der Republik, Forstwirtschaftsminister Ruppachter, weiterhin auf eine Ausgliederung hinzuwirken.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg übt Kritik an dieser Vorgangsweise: „Die Arbeitsplätze im Bereich der Bundesforste dürfen nicht angetastet werden. Eine Ausgliederung soll offenbar Kosten sparen, indem die Beschäftigten in ungünstigere Arbeitsverhältnisse gedrängt werden. Die Bundesregierung versucht,

anständig bezahlte Arbeitsplätze abzubauen. Wichtiger wäre es, existenzsichernde Arbeitsbedingungen zu erhalten und zu ermöglichen, statt noch mehr Menschen in Bilijobs zu drängen.“

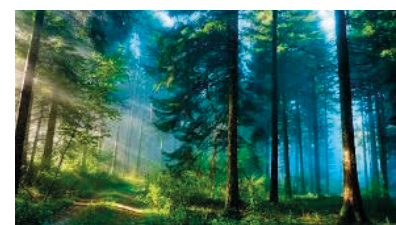


Foto: Georg Erkiniger

Voitsberg verscherbelt Familiensilber – Stadtwerke-Verkauf „Keine Partnerschaft, sondern feindliche Übernahme“

49 % der Voitsberger Stadtwerke werden an die Stadtwerke Judenburg verkauft. KPÖ-Gemeinderätin Hilde Tragler bezeichnet den Deal als schlechte Idee.

Kommunale Betriebe sind dazu da, in einer Gemeinde Dienstleistungen zu erbringen und dabei darauf zu achten, dass die Kosten für die Bevölkerung nicht in den Himmel wachsen. Allfällige Gewinne fließen wieder an die Gemeinde zurück und können zum Ausbau oder zur Instandhaltung der Infrastruktur genutzt werden.

In der Sitzung des Voitsberger Gemeinderats am 13. Juni beschloss eine Mehrheit aus SPÖ, Grüne und Horst-Werner Kovacic (Bürgerliste), 49 % der Stadtwerke an die Stadtwerke Judenburg zu verkaufen. Bürgermeister Meixner (SPÖ) begründet den Verkauf des Voitsberger Betriebs damit, dass die Gemeinde einen kapitalkräftigen Partner brauche. Gegen diese Pläne – sie kommen nach Ansicht der KPÖ einem Ausverkauf des Gemeindeeigentums gleich – stemmt sich die KPÖ.

Gemeinderätin Hilde Tragler: „Das Familiensilber kann nur einmal verkauft werden, es ist dann

aber für immer weg. Das ist kein gutes Geschäft, ganz im Gegenteil! Der Gemeinderat entmachtet sich durch solche Beschlüsse auf lange Sicht selbst, weil voraussichtlich wesentliche Entscheidungen in Zukunft in Judenburg getroffen werden und die Stadtwerke für den Gemeinderat unkontrollierbar werden.“

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg assistiert: „Die Stadtwerke Judenburg agieren wie ein gewinnorientierter Konzern. Das haben wir schon in Trofaiach gesehen, wo ebenfalls 49 Prozent der dortigen Stadtwerke für eine Einmalzahlung nach Judenburg verscherbelt wurden. Seitdem fließen von jedem Euro Gewinn 49 Cent nach Judenburg. Selbiges droht nun auch in Voitsberg. Das ist keine Kooperation oder Partnerschaft, wie die SPÖ behauptet, sondern eine feindliche Übernahme!“

Bei einer echten Kooperation würden nämlich auch die Voitsberger Stadtwerke Anteile an den

Stadtwerke Judenburg erwerben bzw. beide Partner vollständig unabhängig bleiben und gemeinsam neue Geschäftsfelder erschließen. Da dies aber gerade nicht der Fall ist, drohen die Stadtwerke Voitsberg, auch wenn ihnen noch 51 % gehören, zu einem Anhängsel der wesentlich mächtigeren Judenburger zu werden.

Hilde Tragler
KPÖ-Gemeinderätin in Voitsberg



Beispiel Trofaiach: Stadtwerke Verkauf brachte Verschlechterungen



Gabi Leitenbauer
KPÖ-Vizebürgermeisterin
Trofaiach

Bereits im Jahr 2011 wurden um drei Millionen Euro 49 Prozent der Trofaiacher Stadtwerke an die Stadtwerke Judenburg AG verkauft.

Die von der KPÖ vorgebrachten Befürchtungen – sie war die einzige Partei die im Gemeinderat gegen diesen Ausverkauf gestimmt hat – sind eingetroffen. Mit der Teilübernahme wurden zur Hälfte alle Immobilien mit verkauft die sich im Besitz der Stadtwerke Trofaiach befanden, u.a. die Aufbahnhalle und das Trofaiacher Rathaus. Mitverkauft wurden auch 49 Prozent des gesamten Gebührenhaushalts der Stadtgemeinde.

Bei Wasser, Müllabfuhr und Kanal, aber auch bei Bestattung und Strom kassieren nun für jeden Euro den die Stadtwerke Trofaiach verdienen, 49 Cent die Judenburger mit. Für die Trofaiacher Bevölkerung war dieser Verkauf nicht nur eine „Enteignung“ weil nun auch der letzte Teil des Familiensilbers zu Geld gemacht wurde, sondern auch die Gebühren für Wasser, Kanal und Müll – diese Bereiche wurden schon vor den Verkauf von der Gemeinde an die Stadtwerke Trofaiach verpachtet - haben sich

in den darauffolgenden Jahren, bedingt auch durch die Fusion der Gemeinden Trofaiach, Gai und Hafning teilweise extrem verteuert. Seit dem Verkauf an die Judenburger jagt ein Rekordgewinn der Stadtwerke den anderen, jedes Jahr gibt es mehr Gewinn. Somit gingen in den letzten Jahren pro Jahr Hunderttausende Euro – an Dividendenauszahlungen an Judenburg – bezahlt großteils von der Trofaiacher Bevölkerung und indirekt auch auf Kosten der Beschäftigten der Stadtwerke Trofaiach. Waren vor dem Verkauf noch ca. 80 Beschäftigte im Unternehmen, so sind es nun nur mehr 55 Vollzeitbeschäftigte. Seit dem Verkauf wird über Trofaiacher Belange großteils in Judenburg entschieden, der von der Bevölkerung gewählte Gemeinderat wird mit einer einstündigen einmal im Jahr stattfindenden Informationsveranstaltung abgespeist und hat keine Kontrolle mehr über das Unternehmen, ihm fällt nur mehr die Statistenrolle zu! „Die Trofaiacher Stadtwerke sind damit zum „Wurmfortsatz“ der Stadtwerke Judenburg geworden“, so die Trofaiacher Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer.



Eine gesicherte Daseinsvorsorge: Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Energie, Bestattung und vieles mehr gehört zu den grundlegenden Aufgaben einer Gemeinde. Die KPÖ wendet sich gegen jeden Verkauf von Gemeindeeigentum.

Aus dem Gemeinderat Deutschlandsberg

Czerweny-Haus: Jetzt kommt Bewegung rein

KPÖ-Gemeinderat
Walter Weiss



DEUTSCHLANDSBERG. Sobald der Umbau des Czerweny-Hauses abgeschlossen ist, soll neben neuen städtischen Wohnungen die Hälfte des Gebäudes für eine betreute Wohnrichtung genutzt werden. KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss nach der Sitzung: „Endlich gibt

es Fortschritte bei diesem wichtigen Thema. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass leistbarer Wohnraum eine der dringendsten Fragen der heutigen Zeit ist. Weitere kommunale Wohnrichtungen sollten daher bald in Angriff genommen werden!“

Grüne sagen plötzlich ja zu teurerem Wasser

DEUTSCHLANDSBERG. Beim Beschluss der Wassergebührenordnung stimmte Walter Weiss als einziger dagegen. Die Grünen, die in der Sitzung im Dezember letzten Jahres noch gegen die Was-

sergebührenerhöhung von durchschnittlich acht Prozent stimmten, gaben der Gebührenordnung ihr Ja, obwohl die erhöhten Gebühren auch hier noch einmal explizit angeführt wurden.

Hauptplatzumbau: Drei vorläufige Varianten vorgestellt

DEUTSCHLANDSBERG. Im Gemeinderat wurden die von der TU Graz ausgearbeiteten Varianten für den Umbau des Hauptplatzes vorgestellt. In weiterer Folge soll in einer Gemeindeversammlung nach dem Volksrechtesgesetz und weiteren Informationsveranstaltungen ein für die Bedürfnisse der Bevölke-

rung zugeschnittenes Modell ausgearbeitet und umgesetzt werden. Die KPÖ wird den Kostenaufwand für das Projekt im Auge behalten. Wünschenswert wäre es, wenn der Hauptplatz zur Fußgängerzone, mit Querungsmöglichkeit auf Höhe Kirchengasse/Hollenegger Straße wird.

Aus dem Gemeinderat Voitsberg

KPÖ-Gemeinderätin
Hilde Tragler



Kinderbetreuung: Eltern müssen mehr zahlen

VOITSBERG. In der letzten Gemeinderatssitzung wurden die Tarife für Verpflegung und Material in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten erhöht. Gemeinderätin Hilde Tragler (KPÖ) ärgert sich: „Ich verstehe nicht, warum die Gemeinde den Einrichtungen nicht mehr

Geld zur Verfügung stellt, dann müsste man die höheren Kosten nicht auf die Eltern abwälzen!“ Die Erhöhung wurde beschlossen, das bedeutet, dass die Eltern künftig mehr zahlen müssen. Tragler war die einzige, die im Gemeinderat dagegen gestimmt hat.

Ist Frauenpolitik reine Frauensache?

VOITSBERG. Vor 20 Jahren unterzeichneten fast 645.000 Österreicher und Österreicherinnen das Frauenvolksbegehren. Dabei wurde von den Initiatorinnen bundesgesetzliche Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen eingefordert. Trotz der breiten Unterstützung fällt die Bilanz mager aus. Lediglich zwei Punkte wurden tatsächlich umgesetzt. Hilde Tragler (KPÖ) brachte im Voitsberger Gemeinderat die Forderungen ein, das „Frauen-

volksbegehren 2.0“ zu unterstützen. Leider kam es nicht sofort zu einem Beschluss. Bürgermeister Meixner (SPÖ) schlug vor, die Gemeinderätinnen mögen sich diesbezüglich zusammensetzen und den Antrag diskutieren. Hilde Tragler: „Das werden wir machen. Ich hoffe nur, dass uns die Männer im Gemeinderat dann auch unterstützen werden. So zu tun, als gingen diese wichtigen Forderungen nur Frauen etwas an, ist weder zeitgemäß noch sinnvoll!“

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Die Armut nimmt trotzdem zu. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!



Esther Bejarano & Microphone Mafia in Graz

KPÖ
BILDUNGSVEREIN

<http://kpoe-bildungsverein.at/>



Esther Bejarano war im deutschen Vernichtungslager Auschwitz und hat als Mitglied des Mädchenorchesters überlebt. Zeit ihres Lebens hat die 92-Jährige gegen den Faschismus gekämpft.

Zusammen mit der Hip-Hop-Band »Microphone Mafia« gastierte sie im April auf Einladung des KPÖ-Bildungsvereins in Graz und sorgte für ein volles Volkshaus.

Ein auf den ersten Blick ungewöhnlicher Abend. Bejarano berichtete nicht nur von ihrem Leben und ihrer Geschichte. Den Holocaust habe sie nur wegen der Musik überlebt, erzählte die ausgebildete Sopranistin. 1924 in Saarlouis geboren ist sie sehr musikalisch erzogen worden.

1941 wurde sie in einem Zwangsarbeitslager interniert und 1943 ins KZ Auschwitz deportiert. Mit Glück schaffte sie es, ins Mädchenorchester des Lagers aufgenommen zu werden. Es spielte beim Abmarsch der Arbeitskolonnen – und später bei der Ankunft derer, die in die Gaskammern gingen.

Gemeinsam mit den Musikern der Microphone Mafia, darunter auch ihr Sohn Joram, gab sie im Anschluss Musikalisches zum Besten. Der Abend umfasste ein ebenso breites wie ungewöhnliches Programm. Das Spektrum der markanten Arrangements reichte vom jüdischen Lied bis hin zum Rap.

Wofür steht ist die KPÖ?

Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind kein unerfüllbarer Traum. Dafür kämpfen wir. Nicht Anpassung an das kapitalistische System, sondern Widerstand dagegen ist dringend geboten!

<https://www.kpoe-steiermark.at/mitmachen>

mit!



Wahlerfolg der KPÖ in Graz

Anliegen der Mehrheit gegen die Mächtigen durchsetzen

Die Grazer Gemeinderatswahl am 5. Februar 2017 hat der KPÖ einen Erfolg gebracht. Mit 20 Prozent der Stimmen wurde Platz 2 verteidigt, zwei Stadträte – Elke Kahr und Robert Krotzer – arbeiten jetzt im Sinne der Bevölkerung.

Elke Kahr: „Verkehrspolitik ist Sozialpolitik“

Der Erfolg der KPÖ gefiel dem ÖVP-Bürgermeister Siegfried Nagl gar nicht. Der bildete eine Rathauskoalition mit der FPÖ und versuchte der KPÖ zu schaden. Man hat Elke Kahr die Verantwortung für die Gemeindewohnungen entzogen und ihr die für den Verkehr übertragen. Dahinter steckt der Versuch, ihr Ansehen in der Bevölkerung zu untergraben und sie bei dieser schwierigen Materie scheitern zu lassen.

Elke Kahr und die Grazer KPÖ haben diese Herausforderung angenommen. Elke Kahr: „Wir gehen mit Zuversicht in die neue Etappe der politischen Arbeit.“ Die KPÖ hat eigene Vorstellungen und begreift auch Verkehrspolitik als Sozialpolitik. Im Rahmen der – von Schwarz-Blau vorgegebenen – finanziellen Möglichkeiten gelte es, wesentliche Kernelemente in Angriff zu nehmen:

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs, vor allem des Schienengebundenen.
- Weiterführung der „Jahreskarte Graz“, die Grazerinnen und Grazer die Jahreskarte um 247 Euro anbietet. Sie sollte künftig auch für jene gelten, die aus Graz auspendeln müssen.
- Wirksames Vorgehen gegen den Feinstaub. Gratis-Öffis an Feinstaub-Tagen wären eine Möglichkeit.
- Ausbau des Radwegenetzes, insbesondere Schließung von Lücken
- Sicherheit für Fußgänger und mehr Platz für Menschen durch Wohnstraßen, Gehsteige, Zebrastreifen.

Elke Kahr: „Das wird nicht einfach werden. Aber es war noch nie einfach, die Anliegen der Mehrheit gegen mächtige Eliten durchzusetzen.“



Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die gute Zusammenarbeit mit den Beschäftigten ist Elke Kahr ein besonderes Anliegen.

Das Thema Pflege regt auf, vieles liegt im Argen. Ein Bericht der Volkanwaltschaft hat die Öffentlichkeit aufgerüttelt.

80 Prozent der zu pflegenden Menschen leben zuhause. Von ihnen nimmt die Hälfte mobile Dienste in Anspruch. Geht es nach der KPÖ, sollten diese ausgebaut werden. Es ist wichtig, dass man so lange es möglich ist zuhause bleiben kann. Deshalb gilt es, Angebote zu schaffen, die pflegende Angehörige entlasten. Man darf nicht vergessen, wieviel Fürsorge von Verwandten, meist Frauen, geleistet wird. Sie gehen dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Vor der Arbeit, die von den Pflegebeschäftigten tagtäglich geleistet wird, muss man höchsten Respekt

haben. Eine Gesellschaft sollte man danach beurteilen, wie sie mit Alten und Kranken umgeht. Und gerade die Pflegearbeiter – wie auch pflegende Angehörige – leisten einen großen Beitrag dazu, dass ein Altern in Würde möglich ist.

Allerdings liegt im Pflegebereich vieles im Argen: Der niedrige Pflegegeschlüssel, die geringe Entlohnung, die Profitorientierung in privaten Pflegeheimen, nicht ausreichende Wertschätzung der Arbeit, Stress und steigender Druck. Das führt mitunter zu verbaler und psychischer Gewalt gegen die zu Pflegenden.

„Gute Pflege für alle!“

Mit der Losung „Gute Pflege für alle!“ riefen Gewerkschaften am 12. Mai 2017 zur Großdemonstration in Wien auf, um ein Zeichen für faire Arbeitsbedingungen im Pflegebereich zu setzen.

Das war ein wichtiges Zeichen. Kapitalistische Profitmacherei ist in der Pflege fehl am Platz. Optimale und fürsorgliche Betreuung der Menschen auf der einen Seite und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten auf der anderen bedingen einander.

Robert Krotzer

Nationalrats Steirische

Der Landesvorstand der KPÖ Steiermark hat die steirische Spitzenkandidatin der KPÖ für die Nationalratswahl im Oktober gewählt: Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler wird die Liste anführen. Die Wahl erfolgte einstimmig.



Robert Krotzer: „Ohne Gesundheit ist alles nichts“

Robert Krotzer: 0316 – 872 2070
stadtrat.krotzer@stadt.graz.at •
fb.com/robert.krotzer.graz

Er ist das jüngste Stadtregerungsmitglied, das Graz je hatte. Am 5. April wurde der 29-jährige Robert Krotzer in Graz zum Stadtrat für Gesundheit und Pflege gewählt.

Gerechnet hat Robert Krotzer nicht damit, dass die Grazer KPÖ-Obfrau Elke Kahr ihn fragt, ob er neben ihr der zweite Kommunist auf der Grazer Regierungsbank werden will. Bei dem historischen Wahlerfolg im Februar hatte die KPÖ nicht nur 3.000 Stimmen, sondern auch ein zweites Mandat im Stadtrat gewinnen können.

Der 29-jährige Lehrer konnte vier Jahre Erfahrung als KPÖ-Gemeinderat sammeln: Dass der Mobilitätscheck für Studierende nicht abgeschafft wurde, geht auf eine Initiative von Robert Krotzer zurück.

„Robert ist kreativ und vielseitig. Dass so viele junge Menschen den Weg in die KPÖ gefunden haben, ist auf Roberts Engagement zurückzuführen“, sagt Elke Kahr und lobt Krotzers „verbindende und verbindliche Persönlichkeit. Er kann zuhören

und begegnet den Menschen auf Augenhöhe.“

Zukunftsthemen Gesundheit und Pflege

„Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ Betrachtet man die Pläne der rot-schwarzen Landesregierung, sieht man schnell, dass sie gerade bei diesen Themen ihre Kürzungspolitik fortsetzen will. Die KPÖ wird dagegen halten. „Bei der Abschaffung des Pflegeregresses hat sich gezeigt, dass man mit einer konsequenten Haltung und einem langen Atem auch gegen die Herrschenden Verbesserungen durchsetzen kann“, so Krotzer. Die KPÖ hatte über 10.000 Unterschriften für die Abschaffung des Pflegeregresses gesammelt und mit Kundgebungen und Aktionen jahrelang Druck gemacht.

Robert Krotzer möchte die Präventionsangebote in Wohnvierteln, Betrieben, Schulen und Kindergärten ausbauen. „Bei der Gesundheit darf es keine Hürden geben“, betont er.

Privat bleibt Robert Krotzer bodenständig. Wie Elke Kahr behält



Trotz der großen Verantwortung hebt der neue Grazer Gesundheits- und Pflegestadtrat Robert Krotzer nicht ab. Er bleibt in seiner alten Wohnung und bügelt auch weiter selbst.

Krotzer lediglich ein Drittel seines monatlichen Nettobezugs von knapp 5.900 Euro für sich. Zwei Drittel seines Politikergehalts wird Menschen in Notlagen zugutekommen.

Bürgernähe bleibt

„Vieles wird anders, manches bleibt gleich: Ich werde weiterhin in einer WG wohnen und meine Hemden selbst bügeln“, schreibt er

auf Facebook. Und: „Ich bitte euch auch weiterhin um Anregungen und kritische Rückmeldungen.“

In der Straßenbahn, im Stadtpark oder abends im Gasthaus: Krotzer wird von vielen Menschen mit vielfältigen Anliegen angesprochen. Er hat immer ein offenes Ohr. Immer offen steht für die Menschen Krotzers Büro im Rathaus. „Das ist bei der KPÖ so“.

wahl 2017: KPÖ-Spitzenkandidatin ist Claudia Klimt-Weithaler



Senkung der Wohnkosten ist Hauptthema der KPÖ

Claudia Klimt-Weithaler, geboren in Fohnsdorf arbeitete bis 2010 in der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Sie hat zwei Töchter. 2005 zog sie für die KPÖ in den steirischen Landtag ein, 2010 folgte sie Ernest Kaltenegger als Klubchefin der KPÖ nach. Diese Funktion übt sie bis heute aus.

Inhaltlicher Schwerpunkt ist das Thema Wohnen. Die KPÖ führt eine bundesweite Kampagne für die Senkung der explodierenden Wohnkosten durch. Mit einer parlamentarischen Bürgerinitiative möchte die KPÖ den Druck auf den Nationalrat erhöhen, die lange versprochene,

aber nie umgesetzte Mietrechtsreform in Angriff zu nehmen. Österreich ist eines der Länder mit den am schnellsten steigenden Wohnkosten. Dass Menschen mehr als zwei Drittel ihres Einkommens für Miete und Betriebskosten ausgeben, ist keine Seltenheit.

Claudia Klimt-Weithaler: „Eine Stimme für die KPÖ bei der Nationalratswahl ist keine verlorene Stimme. Wir haben in der Steiermark gezeigt, dass eine andere Politik möglich ist. Ich bin davon überzeugt, dass sich sehr viele Menschen diese Politik auch auf Bundesebene wünschen.“

Soziales Gewissen der Unis

Der Kommunistische StudentInnenverband (KSV) hat bei der ÖH-Wahl sein bestes Ergebnis eingefahren. Das Grazer Stadtblatt sprach mit KSV-Mandatar **Dario Tabatabai**.

Wahlerfolge fallen einem nicht in den Schoß. Was hat der KSV denn geleistet?

Dario Tabatabai: Auch auf der Uni braucht es ein soziales Gewissen – und das ist der KSV!

Wir haben immer versucht, direkt und unbürokratisch zu helfen.

Monatlich organisieren wir eine Mietrechtsberatung mit Elke Kahr.

In der Hochschulvertretung haben wir uns unter anderem für das Gratis-Mensaessen für Sozialtopfbezieher/innen oder eine Vergünstigung der Kinderbetreuung eingesetzt. Welche Schwerpunkte sollte die ÖH nun setzen?

Tabatabai: Zur Aufgabe der ÖH gehört natürlich, sich für billige Skripten oder Lernplätze am Campus einzusetzen.

Interessensvertretung hört aber nicht dabei auf.

Es geht um die Anpassung von Stipendien, den Einsatz gegen die Abschaffung der Wohnbeihilfe, billigere Öffi-Tickets...



Wahlergebnis des KSV

10,7 Prozent auf der Karl-Franzens-Universität (+3,2) = 2 Mandate (+1)

6,5 Prozent auf der Technischen Universität (+2,4) = 1 Mandat (+1)

11,8 Prozent auf der Pädagogischen Hochschule (+11,8) = 1 Mandat (+1)

PPC Insulators Frauental vor Schließung

KPÖ: „Land soll Betrieb weiterführen.“

Bis Jahresende soll das unter ausländischem Besitz produzierende Unternehmen PPC Insulators im Bezirk Deutschlandsberg (Porzellanfabrik Frauental) wegen zu geringer Profite geschlossen werden. Dies würde den Verlust von 160 Arbeitsplätzen bedeuten.

Das Land Steiermark, die AK und der ÖGB nahmen die Schließung mit dem Verweis auf die Umsetzung eines Sozialplans und einer Arbeitsstiftung zur Kenntnis. Der steirische Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger (GLB-KPÖ) kritisiert dieses Verhalten: „Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen wollen keine Sozialpläne und Arbeitsstiftungen, sie wollen ihre Arbeit

in ihrer Region behalten!“ Die KPÖ und der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) treten für ein anderes Vorgehen ein: Bund und Land sollen PPC Insulators weiterführen. Aktuell schreibt das Unternehmen schwarze Zahlen. Die hohe Qualität der erzeugten Produkte und ein fixer Binnenmarkt würden eine Weiterführung rechtfertigen. KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Die Schließung ist die Folge des rücksichtslosen Ausverkaufs der österreichischen Industrie, der im Vorfeld des EU-Beitritts begonnen hat. Eine Übernahme durch die öffentliche Hand ist geboten.“



Kicken für Frieden und Solidarität



Bereits zum 9. Mal fand Ende Mai das Fußballturnier „Kicken gegen rechts“ im Grazer Augarten statt. Mehr als 300 Hobbyspieler und -spielerinnen in 47 Teams nahmen an dem von der Kommunistischen Jugend Österreichs und dem Kommunistischen StudentInnenverband organisierten Turnier teil. „Das ‚Kicken gegen rechts‘ ist mittlerweile zu einer fixen Größe im Grazer Hobbyfußball geworden“,

freute sich die KJÖ über den regen Andrang beim Turnier, bei dem zahlreiche Fußballbegeisterte ein Zeichen gegen Intoleranz und Hass setzten. Den Sieg holte sich die Mannschaft „Tramway Funatix“, die sich im Finale gegen die „Legendären Parkkicker“ durchsetzen konnte. Mit dabei waren die Grazer KPÖ-Stadträte Elke Kahr und Robert Krotzer.

Glücksspiel: Illegale Automaten überschwemmen das Land

Jahrzehntlang war das Glücksspiel in der Steiermark gesetzlich unzureichend geregelt. Ob Glücksspielautomaten oder Sport- und Livewetten, für Spielsüchtige existierten kaum Schutzmaßnahmen. Seit 2015 gibt es ein neues, strengeres Gesetz.

Allerdings: In der ganzen Steiermark gibt es eine Schwemme von illegalen Automaten, die zum Teil in Hinterzimmern stehen oder in Lokalen, die sich als privater Klub ausgeben. Zwar wurden in der Zwischenzeit hunderte Automaten beschlagnahmt und vernichtet, doch sind den Behörden in vielen Fällen die Hände gebunden: Anbieter verstecken sich hinter ausländischen Tarnfirmen und setzen Heerscharen von Anwälten in Bewegung, damit die Kassen weiter klin-

geln. Auf der Strecke bleiben die Spielsüchtigen und deren Familien. Hier sind Verbesserungen dringend nötig, betont KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.

Wetten: Neuregelung

Derzeit ist eine Neuregelung der Wetten in Planung. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Die Schutzbestimmungen bei den Livewetten dürfen nicht unter die Standards zurückfallen, die beim Automatenenspiel gelten. Davon kann im derzeitigen Gesetzesentwurf aber keine Rede sein.“



Bankenrettung:

Beratungsfirmen profitieren – Bevölkerung zahlt

Die Bankenrettungen haben viele Milliarden Euro gekostet. Sozialabbau und Belastungspakete sind die Folge. Was weniger bekannt ist: Einige Beratungsunternehmen haben dabei hunderte Millionen Euro verdient. Oft waren nach der Krise dieselben Beratungsunternehmen am Werk, die vor der Krise keine Probleme gesehen hatten.

Hunderte Millionen für 4 Beratungsunternehmen

Das Transnational Institute (TNI) mit Sitz in Amsterdam hat diese empörende Tatsache herausgefunden. Von Irland über Spanien, Italien, Slowenien bis hin nach Zypern und Griechenland gibt es dasselbe Muster. Regierungen haben hunderte Milliarden Euro an Steuergeldern in Banken gesteckt. Die dafür notwendigen Berechnungen und Bewertungen lieferte oft ein kleiner Kreis von Beratungsunternehmen. Vor allem die vier größten Unternehmungen KPMG, Ernst & Young, Deloitte und PwC, sowie kleinere Berater

wie Lazard aus New York profitierten von Aufträgen im Wert von mehreren Hundert Millionen Euro.

Beispiel Irland: 64 Milliarden Euro kostete dort die Bankenrettung. Wirtschaftsprüfer und Finanzdienstleister streiften 152 Millionen Euro für die Beratung ein. Die Bevölkerung musste harte Einschnitte hinnehmen. Das gleiche Bild gibt es auch in Zypern und in anderen Ländern.

Vor und nach der Krise kassiert

In Spanien beriet die Firma Deloitte eine Großbank und bestätigte, dass die Bank „Bankia“ zuletzt 300 Millionen Euro Jahresgewinn

EU hebt ab und rüstet auf

Die EU-Chefs hören nicht auf die Menschen. Bei den Wahlen in Frankreich sind sie gerade noch davongekommen. Jetzt schmieden sie neue Pläne für einen Monsterstaat EU mit einem EU-Finanzminister und eigenen EU-Steuern.

Besonders gefährlich sind die Pläne zur Militarisierung. Der EU-Gipfel im Juni ist der Beweis dafür. Die EU-Kommission hat im Juni 2017 das Konzept für einen „EU-Verteidigungsfonds“ vorgelegt. Der Gipfel hat – mit der Stimme von Bundeskanzler Kern – alle diese Pläne genehmigt. Die EU-Aufrüstung soll ab 2020 mit 1,5 Milliarden Euro aus EU-Geldern gespeist werden. 500 Millionen fließen in die Militarisierung von Wissenschaft und Forschung.

In Summe werden fünf Milliarden für EU-Aufrüstungsprojekte locker gemacht. Bereits bis 2020 sollen zusätzliche 90 Millionen Euro für Rüstungsforschung und 500 Millionen für Rüstungsbeschaffungen aus dem EU-Budget locker gemacht werden. Dafür soll auch noch Geld von der Europäischen Entwicklungsbank genommen werden, das dringend in Soziales und nachhaltiges Wachstum gerade in Südeuropa gesteckt werden müsste. Konkrete Rüstungsprojekte der EU sind die Drohnentechnologie, die Militarisierung des Weltraums und Kampf- u b - schrauber.



Europa zerbricht am Euro – unter deutscher Vorherrschaft in die totale Krise. Buchcover des Promedia Verlags.

erwirtschaftet habe. Für dieses Gefälligkeitsgutachten gab es ein fettes Honorar. Weniger als ein Jahr später musste Bankia notverstaatlicht werden. Es stellte sich heraus, dass Bankia nicht 300 Millionen Gewinn, sondern 4,3 Milliarden Euro Verlust gemacht hatte. Jetzt wurden wieder vier Beraterfirmen mit der Prüfung des Bankensektors beauftragt, darunter auch Deloitte. Und man kassierte wieder 30 Mil-

lionen Euro für Beratungsdienste!

Die enorme Marktkonzentration bei den Prüfungsfirmen ist eine der Ursachen für diese Skandale. Die „Großen Vier“ sind EU-weit für die Prüfung von etwa 60 Prozent der Bilanzen von börsennotierten Unternehmen zuständig.

Die Geschäftemacherei wird weitergehen, wenn die gewaltige Macht der transnationalen Finanzkonzerne nicht eingeschränkt wird.



1. Wasserlochklamm

Ausflugsziele f

Sommerzeit ist Ausflugszeit! Egal, ob man beim Baden der Hitze entkommen will oder das schöne Wetter für eine Wanderung nutzt. Die Steirerinnen und Steirer verbringen die warmen Sommermonate mit Vorliebe im Freien – und die Steiermark hat dafür so einiges zu bieten. Die *Volksstimme* stellt eine Auswahl bekannter Ausflugsziele und „Geheimtipps“ für Jung und Alt vor.

1. Wasserlochklamm

Hoch über der Salza führt der Wanderweg in der Wasserlochklamm bei Palfau hinauf zur Riesenkarstquelle des Palfauer Wasserlochs. Auf der rund zweistündigen Wanderung kann man nicht nur den Blick auf die smaragdgrüne Salza genießen, man kommt auch an fünf Wasserfällen mit insgesamt 152 Metern Fallhöhe vorbei. Wenn einem die Sommersonne zu heiß wird, kann man sich im frischen Wasser der Salza abkühlen. Für die Wanderung ist festes Schuhwerk zu empfehlen. In der ArenaSalza werden Informationen rund um Flora und Fauna in der Wasserlochklamm geboten.

Eintrittspreis Klammwanderung: Erwachsene 5,50 Euro, Kinder (6 bis 15 Jahre) 3,50 Euro. Familienkarten (zwei Erwachsene und zwei Kinder) kosten 13 Euro.

2. Ödensee

Der Ödensee im Salzkammergut zählt zu den kleineren Naturseen der Region, ist aber gerade deshalb ein besonderes Juwel. Der

Waldmoorsee in der Gemeinde Bad Mitterndorf ist von Waldbäumen und einer ausgeprägten Ufervegetation mit besonders schönem Schilfbewuchs umgeben. Bei Wassertemperaturen bis zu 22 Grad ist der romantische See ein beliebtes Badeziel, dient aber auch als Ausgangspunkt für längere oder kürzere Wanderungen und Radtouren. Für Kinder gibt es vor Ort zusätzlich einen Spielplatz. Das Natura 2000-Gebiet um den Ödensee ist auch ein besonderes Ausflugsziel für Tier- und Pflanzenfreunde.

3. Gleisdorfer Wellenbad

Wer sich in die Wellen stürzen will, muss nicht ans Meer fahren. Das Gleisdorfer Wellenbad bietet zusätzlich zum Wellenbecken auch noch einen Whirlpool und eine Saunawelt. Ein besonderes Highlight ist die 61 Meter lange Erlebnisrutsche. Wasserscheue können sich am Kinderspielplatz oder am Beachvolleyballplatz austoben.

Eintrittspreise: Die Tageskarte für Erwachsene kostet 5 Euro, für SchülerInnen (bis Jahrgang 1998) 3,50 Euro und für Kinder (bis Jahr-

Die ganze Steiermark um 14 Euro

Das **Freizeit-Ticket** ist ein 1-Tages-Ticket für die ganze Steiermark um 14 Euro. Es gilt an einem Samstag oder Sonn-/Feiertag für bis zu zwei Personen. Bis zur vier Kinder (bis zum 15. Lebensjahr) können gratis mitfahren! Erhältlich nur in den Ferien von 1. Juli bis 10. September 2017!

Welche Freizeit-Tickets gibt es?

Das einfache Freizeit-Ticket gilt im gesamten steirischen Verbundgebiet für alle städtischen Verkehrsmittel, die Schloßbergbahn, alle Regionalbusse (außer 311/321 nach Wien) und alle Nahverkehrszüge.

Mit der IC-Aufzahlungskarte zum Freizeit-Ticket – ebenfalls 14 Euro – können Sie auch alle Fernverkehrszüge benutzen.



2. Ödensee



foto: stadtgemeinde gleisdorf

3. Gleisdorfer Wellenbad

ür heiße Tage

gang 2002) 2,50 Euro. Eine Familientageskarte gibt es um 12 Euro.

4. Klause Deutschlandsberg

Als Geheimtipp unter Wanderfreunden gilt ein Ausflug in die Klause Deutschlandsberg. In der Klause, die westlich von Deutschlandsberg liegt, ist es selbst an heißen Tagen angenehm kühl. Der Wanderweg entlang der Lafnitz nimmt rund eine halbe Stunde in Anspruch, lädt aber immer wieder zum Verweilen ein. An manchen Stellen kann man sogar in der Lafnitz baden. Beliebt ist die Klause auch bei Hundefreunden. Geschichtsinteressierte können direkt vor der Klause den Aufstieg zur Burg Deutschlandsberg in Angriff nehmen, die bis Ende Oktober ihre Pforten geöffnet hat. Das dortige Museum birgt unter anderem eine Sammlung von antikem Schmuck und historischen Waffen.

Eintritt: Erwachsene zahlen für das Museum 9 Euro, Kinder ab sechs Jahren 4 Euro. Ermäßigungen gibt es u.a. für Studierende und PensionistInnen.

5. Freibad Fürstenfeld

Badespaß der Superlative gibt es in Fürstenfeld. Das dortige Freibad ist mit nicht weniger als 23.000 Quadratmetern Wasserfläche das

größte Beckenbad Österreichs. Die Liegefläche beläuft sich auf ganze 100.000 Quadratmeter. Neben dem gigantischen Becken und der Wasserrutsche zählt der zehn Meter hohe Sprungturm zu den Attraktionen des Freibads.

Eintritt: Die Tageskarte für Erwachsene kostet 5,50 Euro, Jugendliche (bis 19 Jahre) zahlen 3,50 Euro. Der Eintritt für Kinder (bis 7 Jahre) ist frei, die Familienkarte kostet 12 Euro.

6. Lurgrotte Peggau

Die Lurgrotte in Peggau ist die größte wasserdurchströmte Tropfsteinhöhle Österreichs. Bei einer Führung durch die Höhle kann man nicht nur die faszinierenden Tropfsteine bestaunen, auch das Skelett eines Höhlenbären ist in der Lurgrotte ausgestellt. Mit etwas Glück erblickt man auch die in der Höhle wohnhaften Fledermäuse – eine in Österreich vom Aussterben bedrohte Spezies. Die Lurgrotte liegt nur wenige Meter vom Murradweg entfernt und ist somit auch ein ideales Ausflugsziel für Radfahrer und Radfahrerinnen. Ein Ausflug dorthin eignet sich besonders zur Abkühlung an heißen Tagen, in der Lurgrotte beträgt die Temperatur nämlich konstant 10 Grad.

Die einstündige Führung kostet für Erwachsene 7,50 Euro, für Kinder bis 15 Jahre 5,50 Euro.



4. Klause Deutschlandsberg



6. Lurgrotte Peggau

Christian Pirkl_CC BY-SA 3.0 AT



5. Freibad Fürstenfeld

foto: www.dasfreibad.at

Wo Ferien noch Ferien sind

Schöne Ferienwohnungen Nähe Bad Radkersburg zu vermieten. Natur pur. 10.000 Bücher, Radlerparadies. Viel Ruhe. Zwei Thermalbäder in der Nähe.

3 Komfort-Ferienwohnungen

(93 bzw. 63 qm) für 2 – 5 Personen, nicht teuer.

Christel und Dietrich Kittner-Stiftung

<https://hollerhof.at>

Tel. 03476/ 20525 oder 0650 /32 87 730





Den andern Weg gegangen

Vor 75 Jahren wurde der Grazer Lehrer, Schriftsteller und Widerstandskämpfer Richard Zach von den Deutschen zum Tode verurteilt.

Arbeitskreis, in dem die Schriften von Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel studiert und diskutiert wurden.

Nach der Matura unterrichtete Richard Zach kurze Zeit an einer Volksschule, ehe er im November 1938 zur deutschen Wehrmacht einrückte. Nach Kriegsausbruch täuschte er bei einem Heimaturlaub im Februar 1940 einen Schiunfall vor, indem er sich den Unterschenkel selbst brach. Er wurde in der Folge als wehrunfähig eingestuft und wieder als Lehrer tätig. Daneben intensivierte er die Widerstandsaktivitäten der Gruppe, die sich eine Schreibmaschine, einen Handsetzkasten und einen Vervielfältigungsapparat besorgte und ab Oktober 1940 die Flugschrift „Der Rote Stoßtrupp“ herausgab. Über die Landesleitung der KPÖ gelangte die Flugschrift bis in die Ober- und Weststeiermark. Sie enthielt Informationen von ausländischen Radiosendungen und NS-feindliche Analysen, die Richard Zach schrieb. Da sie mit Denunziationen rechnet, stand auf dem Titelblatt: „Wenn Du ein Schuft sein willst, so gehe damit zur nächsten Gestapo-Stelle! Du kannst Dir einen Verräterlohn holen!“

Mit Kriegsbeginn gegen die Sowjetunion intensivierte die von ihm geleitete Gruppe ihre Aktivitäten nochmals. Hunderte Flug-



und Streuzettel, auf denen „Nieder mit Hitlers Raubkrieg! Kämpft dagegen mit allen Mitteln!“, „Sieg der Roten Armee! Vernichtung den Naziausbeutern! Helft mit, Genossen!“ zu lesen war, wurden in Graz verteilt. Am 31. Oktober 1941 wurde Richard Zach gemeinsam mit anderen wegen des Verdachts, kommunistische Parolen geschrieben zu haben, festgenommen und am 17. August 1942 im Alter von nur 23 Jahren vom Reichskriegsgericht in Berlin zum Tode verurteilt.

In Haft verfasste Zach Hunderte Gedichte, die teilweise auf abenteuerliche Weise aus der Zelle geschmuggelt wurden. Über diese

Gedichte schrieb der Schriftsteller Erich Hackl: „Richard Zachs Gedichte sind unerlässlich, weil sich in ihnen die Umrisse eines anderen Österreich abzeichnen, eines tapferen, großzügigen, das um Zusammenschluss bemüht ist, nicht um Vereinzelung, wo auch Platz ist für Verzweiflung, die sich nicht mit dem Gefühl von Vergeblichkeit paart. Das ist auch der Grund, warum wir Richard Zachs Gedichte lesen sollen: Uns zu stärken, nicht aufzugeben.“

CLIO bringt 75 Jahre nach dem Todesurteil Richard Zach mit einer Auswahl seiner Gedichte wieder in Erinnerung.

In einem aus der Haft geschmuggelten Kassiber schrieb Richard Zach im Jänner 1942:

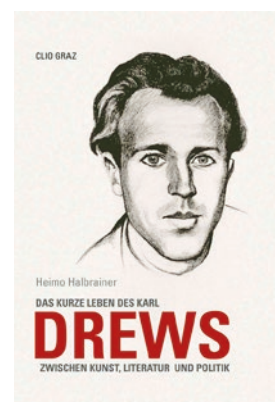
**Ich bin den anderen Weg gegangen.
Verzeiht – es tut mir gar nicht leid,
obwohl es elend steht zur Zeit. –
Wird keiner um sein Leben bangen,
der weiß, wozu er es verwendet,
bedachte, was sein Glaube wiegt.
Er hat am Ende doch gesiegt,
und wenn er auf der Richtstatt endet!**

Richard Zach wurde 1919 in Graz als zweiter Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Ab 1933 besuchte er die Bundeslehrerbildungsanstalt am Hasnerplatz, wo er sich als begabter Schüler erwies und 1938 mit Auszeichnung maturierte. In diese Jahre der austrofaschistischen Diktatur von 1934 bis 1938 fielen seine ersten literarischen Versuche und politischen Aktivitäten. Er war an der Lehrerbildungsanstalt mit dem etwas älteren Josef Martin Presterl befreundet, der führend im illegalen kommunistischen Jugendverband aktiv war. Dennoch hielt Zach Distanz zum „polizeibekanntem KJV“ und rief im christlich-sozialen Verein „Freiheitsbund“ eine Jugendgruppe ins Leben, den „Jungfreiheitsbund“. Ein Teil der Jugendgruppe gründete einen geheimen marxistischen



**Richard Zach:
Den andern Weg
gegangen –
Ausgewählte Gedichte.**

Hg. und mit einem Nachwort
von Karl Wimpler.
Geb. 168 Seiten,
ISBN 978-3-902542-52-6.
CLIO: Graz 2017, Euro 19,00
www.clio-graz.net



Heimo Halbrainer:
**Das kurze Leben
des Karl Drews
zwischen Kunst,
Literatur und Politik.**

Geb., ca. 280 Seiten
ISBN 978-3-902542-12-0
CLIO: Graz 2017
Euro 25,00
Das Buch erscheint im
Sommer 2017.

volks²⁰¹⁷hausfest

Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz



Yamandu Fuchs Quartett
The Mysterious Bluesmen
Berndt Luef Trio
Attwenger
Zsamm
Aivery

On decks: Robert Lepenik

Kinderprogramm für Jung & Alt • Glückshafen & Tombola mit Elke & Claudia

Samstag

9.9.

Samstag, 9. Sept. 2017

ab 15 Uhr
bei jeder Witterung

Eintritt frei!

KPÖ
BILDUNGSVEREIN

<http://kpoe-bildungsverein.at/>

PROGRAMM

Alle Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im Volkshaus Graz, KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 71 29 59
bildungsbildungsverein.kpoe-steiermark.at

www.volkshaus-graz.at

VOLKSHAUSGRAZ
LJUDSKIDOMGRADec

BIBLIOTHEK
des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz
Nach Vereinbarung für alle
zugänglich



Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben.

Tel. Bernd Mugele 0664/736 46417
<http://kpoe-bildungsverein.at>

Bildungsreise: Das antifaschistische Jugoslawien

So. 20.08.2017 bis So. 27.08.2017

Unterkünfte in: 20.08.2017, Mrakovica – 21.08.2017, Sarajevo – 22.08.2017, Kragujevac – 23.08.2017, Beograd – 25.08.2017, Novi Sad – 27.8.2017

Kumrovec - Titos Geburtsort

Jasenovac - Ustascha Vernichtungslager

Kozara - Schlacht, 1942

Jajce - Gründungsdokumente der SFR Jugoslawien

Sarajevo - 1. und 2. Weltkrieg, Bosnienkrieg

Užice - erstes befreites Gebiet in Europa 1941

Kragujevac - Massaker der dt. Wehrmacht an Zivilisten

Beograd - Gedenkstätten

Novi Sad - Stätten des Widerstands

Stremaska fronta - Niederlage der Wehrmacht, Oktober 1944

Sutjeska - Große Schlacht 1943

Inkludiert sind: Busfahrt, Übernachtungen, Halbpensionen, sämtliche Eintritte

Reisebegleitung: Ernest Kaltenecker, Univ.-Prof. Karl Kaser, Hanzi Wieser.

Max. Teilnehmer/innenzahl: 25 Personen



Preis: 550 €

Bitte bis 15.07.2016 anmelden! Tel. 0316 / 71 29 59 – bildungsbildungsverein.kpoe-steiermark.at

STEIRISCHE
Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



kinderland
Steiermark

FERIENLAND
2017

SOMMERHITS

FÜR FERIENKIDS

1-2 ODER 3
Wochen möglich!

Feriendorf Turnensee
vom 09. Juli
bis 12. August

für Kinder im Alter
von 6 bis 15 Jahren

Infos unter:
www.kinderland-steiermark.at

Dank des vielseitigen Angebots der Kinderland-Ferienaktion gibt es vielseitige und vor allem kostengünstige Erholungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Ihre Kinder. Wer Abenteuer und Abwechslung sucht und zwischen 6 und 15 Jahre ist, fühlt sich in unserem Feriendorf am Turnersee (Kärnten/nah dem Klopeinersee) wie zuhause. Es stehen 1-, 2- und 3-wöchige Aufenthalte zur Auswahl.

Wer sich noch nicht so recht alleine 14 Tage in die Ferien fahren traut, aber dennoch mit Freunden „abhängen will“, ist in den einwöchigen **Actionwochen** gut aufgehoben, denn bei täglichen Angeboten wie Sommerrodeln, Jungleswing oder Schlauchraften vergeht die Zeit im Nu. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die **Reitwochen**, auch bei Buben. Durch den Umgang mit den Islandponys lernen die Kinder nicht nur Reiten, sondern auch, Verantwortung für ein Tier zu übernehmen.

Zuschussmöglichkeiten von Land, Stadt, Betriebsräten und Sozialhilfeverbänden verringern die Turnuskosten in den meisten Fällen erheblich.

Beratung im Kinderland-Ferienbüro
Graz, Mehlplatz 2/2. Stock,
Tel. 0316/82 90 70
Mo – Fr von 9 – 14 Uhr,
E-Mail: office@kinderland-steiermark.at



Sagen Sie uns Ihre Meinung! Unter den Einsendungen verlosen wir kleine Buch- und Sachpreise (T-Shirts)

Soll das Gesundheitssystem von privaten Konzernen betrieben werden?

- NEIN** – Gesundheit ist eine öffentliche Aufgabe und kein Geschäftsfeld.
- JA** – auch ein Krankenhaus muss Gewinn machen oder eben zusperrern.

Gedanken und Anregungen:

Informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich zur Politik der steirischen KPÖ – Zusendung Volksstimme und Infoblatt-Landtag.

Name: _____

Adresse, E-Mail: _____



An die
STEIRISCHE
Volksstimme

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz
Fax: 0316 / 877 51 08
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

Die EU
kommt
uns zu
teuer!

KPO
Helfen statt reden!

www.euroexit-org

ZVP
Zentralverband der
Pensionisten

**SPRECH-
STUNDEN**

MO. bis DO. von
10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz
E-Mail: zentralverband@kpoe-
steiermark.at

☎ **0316/ 71 24 80**
Vor Anmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen
bei Anträgen um
Pflegegeld, Pension.
Ausfüllen von
Formularen.
Erklärung zur Arbeit-
nehmerveranlagung
(=Jahresausgleich).
Geselligkeit.
Ausflüge, Reisen,
Turnen.

Auskunft zu den
Ortsgruppen:
0316/ 71 24 80



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer;
oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermitteln die Tierheime des Landestierschutzvereins,
Graz, Grabenstraße 113, Tel. 0316 / 68 42 12 www.landestierschutzverein.at
Murtal, Murweg 3, 8723 Kobenz, Tel. 03512 / 49575



Rocky ist ein im März 2013 geborener, kastr. Huskymischlingsrüde. Er ist ein freundlicher und umgänglicher Kerl, der auch mit den meisten anderen Hunden zurecht kommt und sehr brav an der Leine Gassi geht. Er sucht aktive Besitzer, die mit ihm durchs Leben schreiten!



Shiela ist eine ca. 8-jährige Schäfermischlingshündin, die aufgrund privater Probleme heimatlos geworden ist. Sie ist eine menschenbezogene, verschmutzte Hündin, die jeden sofort in ihr Herz schließt. Sie geht gerne und brav Gassi, mag aber keine kleinwüchsigen Hunde.



Tasso ist ein ca. 4-5-jähriger Schäfferrüde, der als Findling ins Tierheim kam, aber nicht vermisst wurde. Er ist ein lieber, verschmutzter Kerl, der leider gar nicht mit anderen Hunden zurecht kommt. Er sucht einen Einzelplatz, in dem er ins Familienleben integriert wird.



Lucky ist ein mittelgroßer Jack-Russel-Mischlingsrüde. Er ist anfangs etwas zurückhaltend, taut dann aber relativ schnell auf und verwandelt sich in einen richtigen Schmuser. An der Leine hat er eine große Klappe, aber sonst ist er ein braves und intelligentes Kerlchen.



Kessy ist eine kastr. Freigängerkatze, die auf diesem Weg ein neues Heim für immer sucht. Sie ist aufgrund eines Umzuges heimatlos geworden und ist noch etwas zurückhaltend und schüchtern gegenüber Fremden.



Charles ist ein 3-jähriger, kastr. Kater, der im Moment noch etwas schüchtern ist. Er sucht einen Platz mit Freigang, wo er für immer bleiben darf.



Drei weibliche **Ratten** unterschiedlichen Alters suchen auf diesem Weg einen guten neuen Platz. Wer nimmt sich der Nager an?



Wüstenrennmäuse. Fünf Wüstenrennmäuse (drei Männchen und zwei Weibchen) im Alter von 4 Monaten suchen ein neues Zuhause mit ganz viel Platz zum Erkunden und Gänge buddeln. Wer nimmt sie auf?

**Briefe an die
Redaktion**

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe gekürzt zu
veröffentlichen

STEIRISCHE
Volksstimme

Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Wie soll man damit leben?

Ich bin gebürtiger Österreicher, geboren 1966, und lebe in der Obersteiermark. Ins Sozialsystem habe ich 27 Jahre lang immer meine Beiträge einbezahlt. Derzeit beziehe ich Notstandshilfe, die 850 Euro ausmacht. Meine Wohnkosten betragen 653 Euro monatlich. Die Kürzungen treffen mich schwer, ich muss jeden Cent umdrehen und am Monatsende bleibt sowieso nichts mehr. Ich kaufe Gebrauchtes, bin nicht mobil...

Die Menschen, die Österreich aufgebaut haben, denen nimmt das System auch noch das Letzte weg. Die, die

arbeiten oder gearbeitet haben, so wie ich, und aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr können, sollen die „verrecken“? Kürzungen, Steuererhöhungen und ein Ende ist nicht in Sicht!

Karl Huber

**RAT UND HILFE IN MIET-
WOHNUNGSFRAGEN**

Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte
um telefonische Voranmeldung!
www.mieterschutzverband.at



Lesebuch
österreichische
Arbeiterliteratur

mit Texten von
Walter Buchebner, Alfred
Hirschenberger, Erich
Zwirner, Werner Lang,
Michael Scharang und
vielen anderen
ISBN 978-3-9504252-9-I
Bestellungen unter E-Mail:
wlang@chello.at



Titel von Ludwig Anzengruber, H. C. Artmann, H. Bredalla, Ingrid Bauer, Franz Biber, Dieter Brang, Walter Buchebner, Rudi Buda, Manfred Chobot, Al. Gode, Walter Eckhart, Gustav Ernst, Herbert Essnerberger, Antonio Fian, Oskar Maria Graf, Gerald Grassl, Josef Hartmann, Ernst Hirschenberger, Brigitte Hirschenberger, Vera Heller, Alfred Hirschberger, Fritz Hübinger, Hugo Hupfer, Franz Janschke, Berthold Jasek, Eugenie Kain, Franz Kain, Klaus Konerzky, Käthe Kratt, Werner Lang, Sigi Maron, Willy Miksch, Alois Petzold, Harry Pirner, Agnes Prosenic, E. A. Rauter, Josef Bauer, Peter Reuggen, Gerhard Riefler, Ferdinand v. Sauti, Michael Scharang, Renate Anna Scharf, Christian Schoberlitz, Peter Schwarz, Harald Sommer, Irene Seyfarth, Karl Strohner, Johannes Taus, Heinz R. Unger, Berthold Jasek, Erich Wandler, Alexander Weiss, Karl Wismayer, Max Witzman, Peter Paul Wipplinger, Helmut Zanker, Erich Zwirner

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPO**
Mit Rat und Tat! **wirkt!**

Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. **Graz, Landhaus**



Wohnen darf nicht **arm** machen.



Unterschriftenaktion!



Immer weniger Menschen können sich das Wohnen leisten. Um diese Entwicklung zu stoppen braucht es ihre Mithilfe.

Grundvoraussetzung für ein Leben in Würde ist eine Wohnung. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Kosten für Wohnen weit über dem Durchschnitt ansteigen. Zwischen 2008 und 2015 legten die Hauptmietzinse über 25 % zu, im privaten Bereich über 33%. Auch die Betriebskosten steigen weit über dem Durchschnitt.

Die Krise des Kasinokapitalismus hat dazu geführt, dass sich das Kapital auf Immobilien konzentriert. Im privaten Bereich werden den Anlegern Renditen über 5 Prozent versprochen – mehr als irgendwo anders. Die Städte werden mit teuren Mietskasernen privater Anleger zugebaut. Notwendig ist aber kommunaler Wohnbau als Gegengewicht mit der Errichtung von leistbaren Wohnungen.

Mit Ihrer Unterschrift tragen Sie dazu bei, die Regierung an ihre eigenen Versprechen zu erinnern. Diese Forderungen werden auch von Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Mieterschutzorganisationen, und Seniorenverbänden erhoben.

Setzen wir ein Zeichen für leistbares Wohnen!



Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Wohnen darf nicht arm machen!

Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.

Die Regierung hat uns ein modernes und soziales Mietrecht versprochen. Dieses Versprechen wird nicht eingehalten. Immer mehr Menschen können sich Mieten und Betriebskosten nicht mehr leisten. Vermieter, Makler, Wohnbaugesellschaften und Spekulanten machen große Gewinne aus dem Geschäft mit der steigenden Wohnungsnot.

Wir fordern:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



Unterschriften bitte an KPÖ Graz, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.
Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 71 24 79
Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at

